

Hauptausschuss

Protokoll Nr. HA/01/2023

**über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses am 16.01.2023,
Ahrensburg, Stormarnschule Museumsturnhalle, Waldstr. 14**

Beginn öffentlicher Teil : 19:30 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung : 20:26 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Dr. Toufic Schilling

Stadtverordnete

Frau Carola Behr	i.V.f. Herrn D. Levenhagen
Herr Thomas Bellizzi	
Frau Doris Brandt	
Herr Jürgen Eckert	
Herr Peter Egan	
Frau Susanna Hansen	
Herr Volkmar Kleinschmidt	
Herr Markus Kubczigk	
Frau Nadine Levenhagen	
Herr Jochen Proske	
Herr Erik Schrader	
Herr Christian Schubbert-von Hobe	i.V.f. Herrn B. Stukenberg

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Helmut Frank	Seniorenbeirat
Herr Dr. Detlef Steuer	

Verwaltung

Herr Eckart Boege	Bürgermeister
Herr Peter Kania	FBL IV
Frau Jasna Makdissi	GL
Herr Matthias Bollmann	PR
Frau Peggy Ehrig	Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Herr Detlef Levenhagen
Herr Benjamin Stukenberg

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

Ö f f e n t l i c h e r T e i l

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. HA/09/2022 vom 14.11.2022
6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 6.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 6.2.1. Prüfung von Verwendungsnachweisen
 - 6.2.2. Monoklärschlammanlage
 - 6.2.3. Sitzungsdienst nach der Kommunalwahl
7. Überprüfung möglicher Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts **2022/106**
8. Vergleich über das Kunstwerk "Der Muschelläufer" **2022/120**
9. Stellenangelegenheiten – Aufhebung Sperrvermerk – Sachbearbeitung im Fachdienst Soziale Hilfen **2022/111**
10. 4. Änderungssatzung zur Regelung des Wochenmarktes in der Stadt Ahrensburg **2023/001**
-- abgesetzt --
11. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 23.01.2022
12. Anfragen, Anregungen, Hinweise

N i c h t ö f f e n t l i c h e r T e i l

- 13. Eingangsorganisation von Schreiben und Fristenkontrolle im Rathaus
- 14. Vergabe der Veranstaltung des Wochenmarktes an einen privaten Betreiber **2023/002**
 -- abgesetzt --
- 15. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 15.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 15.1.1 Gewerbesteuerniederschlagung
 - 15.1.2 Stellenbesetzungsverfahren
 - 15.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
- 16. Anfragen, Anregungen, Hinweise
 - 16.1. Stadtmarketing
 - 16.2. Formulierung nicht öffentlicher Tagesordnungspunkte

Ö f f e n t l i c h e r T e i l

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende des Hauptausschusses, Herr Dr. Schilling, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 19:30 Uhr.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit mit 13 Mitgliedern fest.

3. Einwohnerfragestunde

Anfragen bzw. Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern werden nicht gestellt.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende erklärt, dass die Vorlagen zu den Tagesordnungspunkten 11 „4. Änderungssatzung zur Regelung des Wochenmarktes in der Stadt Ahrensburg“ und 14 „Vergabe der Veranstaltung des Wochenmarktes an einen privaten Betreiber“ nicht rechtzeitig erstellt worden sind und beantragt, diese von der Tagesordnung zu nehmen.

Bürgermeister Boege beantragt den Tagesordnungspunkt 7 „Eingangsorganisation von Schreiben und Fristenkontrolle im Rathaus“ nicht öffentlich zu behandeln. Er begründet dies mit dem Arbeitnehmerschutz. Er beabsichtigt nicht, Namen zu nennen, aber es könnten trotzdem Rückschlüsse auf einzelne Personen geschlossen werden.

Der Vorsitzende erklärt, dass er hier einen Dissens mit dem Bürgermeister habe. Es herrsche der Grundsatz, dass alle Themen öffentlich behandelt werden, wenn es kein berechtigtes Interesse für die Geheimhaltung gebe. Ein solches berechtigtes Interesse sehe der Vorsitzende nicht, denn er wolle gar nicht über die Versäumnisse einzelner Personen diskutieren, sondern die Thematik grundsätzlich und abstrakt diskutieren, um politisch relevante Fehler im System zu identifizieren.

Die Fraktionsvorsitzenden N. Levenhagen von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und E. Schrader von der Fraktion DIE LINKE erklären, dass sie den Antrag des Bürgermeisters unterstützen, weil sie das Anliegen haben über einzelne Mitarbeiter zu sprechen.

Die Ausschussmitglieder stimmen der Beratung des Tagesordnungspunktes 7 „Eingangsorganisation von Schreiben und Fristenkontrolle im Rathaus“ in nicht öffentlicher Sitzung mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitgliedern gem. § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung zu.

Abstimmungsergebnis:

11 dafür (3x Bündnis 90/ Die Grünen, 3x CDU, 3x SPD, 1x Linke, 1x WAB)

2 dagegen (1x CDU, 1x FDP)

Ausschussmitglied Schubbert-von Hobe von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen beantragt, dass der TOP 7 an den Anfang des nicht öffentlichen Teils der Sitzung verlegt wird. Demgemäß verfährt der Ausschuss einvernehmlich.

Die Ausschussmitglieder stimmen anschließend der mit Einladung vom 03.01.2022 versandten Tagesordnung, mit den oben genannten Änderungen, zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. HA/09/2022 vom 14.11.2022

Einwände gegen die Niederschrift HA/09/2022 bestehen nicht.

6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

6.1. Berichte gem. § 45 c GO

Bürgermeister Boege verliest einen allgemeinen Bericht, welcher dem Protokoll als **Anlage** beigelegt wird.

Ausschussmitglied Schubbert-von Hobe von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen fragt an, ob die neue Standesbeamtin auch bereit ist, samstags Eheschließungen vorzunehmen.

Bürgermeister Boege erläutert, dass diese Anforderung explizit angefragt war und die Bereitschaft dazu auch den Bewerbungsunterlagen zu entnehmen war.

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

6.2.1. Prüfung von Verwendungsnachweisen

Bürgermeister Boege berichtet über die Prüfung der Verwendungsnachweise über die der Fraktion Die Linke in den Jahren 2020 und 2021 gewährten Fraktionszuschüsse.

Hierbei haben sich keine Beanstandungen ergeben. Die ordnungsgemäße Verwendung der ausgezahlten Zuschüsse ist nachgewiesen worden. Die Prüfungsverfahren sind für abgeschlossen erklärt worden.

6.2.2. Monoklärschlammanlage

Bürgermeister Boege verliest den folgenden Text:

„Der Widerspruch wurde mit Widerspruchsbescheid vom 28.11.22, eingegangen am 30.11.22 zurückgewiesen. Die Klagefrist in dem Rechtsverfahren Monoklärschlammverbrennungsanlage Stapelfeldt endete mit Ablauf des 30.12.2022.

Der Bürgermeister hat im Einvernehmen mit der Selbstverwaltung keine Klage eingereicht.

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 19.12. im Rahmen des TOP 7.2.2 „Klageerhebung gegen einen Genehmigungsbescheid des Landesamtes für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume“ erfolgte durch die Verwaltung eine Bekanntgabe des Sachverhalts. In der Sitzung der STV bzw. der darauffolgenden Tage wurde kein Antrag von einem Mitglied der Selbstverwaltung gestellt, die Klage einzureichen bzw. auf Anberaumung einer Sondersitzung STV unter Verkürzung der Ladungsfrist.

Der Bürgermeister hat am 21.12 schriftlich bei sämtlichen Fraktionsvorsitzenden nachgefragt, ob Klage eingereicht werden soll. Er hat vorgeschlagen keine Klage einzureichen, da es sich um eine ähnliche Situation wie bei der MVA handelt und eine Klage vermutlich nur äußerst geringe Aussicht auf Erfolg hätte. Sämtliche Fraktionsvorsitzende haben fraktionsübergreifend ein Einreichen einer Klage nicht befürwortet und dem Vorschlag des Bürgermeisters schriftlich zugestimmt.

In der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 21.12. TOP 8.3 „Genehmigung der Monoklärschlammverbrennungsanlage Stapelfeld“ haben die Sitzungsteilnehmer bestätigt, dass es sich um eine Verwaltungsentscheidung handelt, wobei der Bürgermeister die Fraktionen unterrichtet und um ein entsprechendes Votum gebeten hat.

Zu keiner Zeit wurde von einem Mitglied der Selbstverwaltung der Wunsch geäußert bzw. der Antrag gestellt, über die Klageerhebung eine Entscheidung der Gremien herbeizuführen.“

Die Ausschussmitglieder haben die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis genommen.

6.2.3. Sitzungsdienst nach der Kommunalwahl

Bürgermeister Boege erläutert, dass er mit den Fraktionsvorsitzenden besprochen habe, dass im Mai 2023 ein regulärer Sitzungsturnus stattfinden soll.

Er erläutert, dass grundlegende Entscheidungen nicht mehr von der bisherigen Vertretung in der Zeit zwischen der Kommunalwahl bis zum 31.05.2023 getroffen werden sollten. Ab dem 01.06.2023 beginnt die Mitgliedschaft der neuen, gewählten Stadtvertreter/innen. In diesem Zusammenhang verweist er auf einen Erlass des Innenministeriums, welcher dem Protokoll als **Anlage** beigelegt wird.

2022/106

7. Überprüfung möglicher Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts

Ausschussmitglied Egan von der Fraktion WAB regt an, dass die den Hauptausschuss betreffenden Positionen einzeln besprochen werden. Ausschussmitglied Brandt von der Fraktion CDU unterstützt diese Anregung.

Die Ausschussmitglieder gehen alle Positionen einzeln durch und zu folgenden ergeben sich Anmerkungen:

- 1.4 Maßnahme ist erledigt
- 1.5 Maßnahme wäre teurer als die selbstständige Bearbeitung
- 1.12 Erfahrungsverlust soll vermieden werden
- 1.13 erfolgt laufend
- 1.21 weitere Einschränkungen sind politisch nicht gewollt; man möchte auch die älteren Generationen gut informiert wissen, daher möchte man nicht auf die Zeitung als Bekanntmachungsorgan verzichten
- 1.28 für das neue Fahrzeug (HLF10) wird in einem Pilotprojekt eine Sammelausschreibung ausgetestet
- 2.7 eine entsprechende Satzung ist derzeit in Bearbeitung; aktuell scheitert die Umsetzung an der Personalsituation; ca. 2/3 der Einsätze fallen in diesen Bereich; Ausschussmitglied Bellizzi von der Fraktion FDP weist darauf hin, dass für bestimmte Einsätze eine entsprechende Abrechnung zu erfolgen hat und das insgesamt viele Einsätze abgerechnet werden könnten und hier auch großes, finanzielles Potential liegt

- 2.38 aktiv in Arbeit
- 3.2 erfolgt bereits in einigen Bereichen
- 3.4 es bestehen bereits Kontakte
- 3.10 B fragt an, wie das Interesse der Fraktionen an einer Zusammenlegung der Ausschüsse ist; auf Vorschlag von Ausschussmitglied Brandt wird die Thematik in den Fraktionen besprochen und anschließend eine Rückmeldung an B gegeben; Ausschussmitglied Brandt gibt den Hinweis, dass auch öfter gemeinsame Sitzungen stattfinden könnten; Vorsitzender Dr. Schilling von der Fraktion CDU regt an, die Häufigkeit der Tagungen kritisch zu hinterfragen und nur bei entsprechenden Dringlichkeiten zu tagen
- 3.11 es besteht derzeit keine Notwendigkeit für weitere/größere Änderungen
- 3.12 Ausschussmitglied Egan weist darauf hin, dass die Höchstsätze nicht ausgeschöpft sind
- 3.19 Vorsitzender Schilling regt an, dass Thema Digitalisierung zunächst in kleinen Schritten voran zu bringen
- 3.35 die Stiftung Schloss Ahrensburg erhält von der Stadt Ahrensburg einen Zuschuss zu den laufenden Kosten
- 3.38 Bürgermeister Boege führt aus, dass SBA+SEA sich als Eigenbetriebe bewährt haben; Ausschussmitglied Egan von der Fraktion WAB denkt, dass man sich über den SBA als Eigenbetrieb nochmal Gedanken machen sollten hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit
- 3.40 Verluste werden aus dem städtischen Haushalt ausgeglichen
- 3.41 Anzahl der Mitglieder wurde analog der Ausschüsse auf 13 festgelegt
- 3.60 die Stadt Ahrensburg liegt noch unter der Quote

Ausschussmitglied Egan von der Fraktion WAB regt an, dass die Satzung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren zeitnah überarbeitet werden sollte und verweist in diesem Zusammenhang auf den AN/064/2021, welcher im FINA einstimmig beschlossen wurde. Er vermutet die Zuständigkeit bei II.2.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Zuständigkeit für die Verwaltungsgebührensatzung liegt beim FD I.3.

8. Vergleich über das Kunstwerk "Der Muschelläufer"

Bürgermeister Boege erläutert, dass mit dieser Vorlage die Möglichkeit besteht das Kapitel „Muschelläufer“ einvernehmlich zu schließen.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Vorsitzender Dr. Schilling verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Dem in der **Anlage** beigefügten Vergleich zwischen dem Urheber des Kunstwerkes „Der Muschelläufer“ und der Stadt Ahrensburg über das Kunstwerk „Der Muschelläufer“ wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

9. Stellenangelegenheiten – Aufhebung Sperrvermerk – Sachbearbeitung im Fachdienst Soziale Hilfen

Bürgermeister Boege erklärt, dass die aufschiebende Bedingung des Sperrvermerkes nunmehr eingetreten ist und das Antragsaufkommen deutlich steigt.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Vorsitzender Dr. Schilling verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Der Sperrvermerk der Stelle Nr. 127 (gemäß 1. Nachtragstellenplan 2023) wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

10. 4. Änderungssatzung zur Regelung des Wochenmarktes in der Stadt Ahrensburg

-- abgesetzt --

Siehe TOP 4 „Festsetzung der Tagesordnung“.

11. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 23.01.2022

Es ergeben sich keine Fragen oder Wortbeiträge zur Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 23.01.2023.

12. Anfragen, Anregungen, Hinweise

Ausschussmitglied Proske von der Fraktion SPD erkundigt sich nach dem Sachstand zu Thematik Parkraumbewirtschaftung und schlägt vor, das Überwachungsgebiet zu vergrößern und ggf. den Sicherheitsdienst - gemeinsam mit einer Verkehrsüberwachungskraft - einzusetzen.

Bürgermeister Boege erläutert, dass die Parkraumbewirtschaftung gemeinsam mit der zuständigen Fachdienstleitung am 01. Februar 2023 im BPA thematisiert wird.

Die Ausschussmitglieder sind sich einig, dass insbesondere die Manhagener Allee ein "Problembereich" ist, welcher besser überwacht werden muss.

Vorsitzender Dr. Schilling schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:26 Uhr.

Dr. Toufic Schilling
Vorsitzender

Peggy Ehrig
Protokollführerin